



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:
Karlsruher Str. 88
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551 995
Telefax: 0711 2551 997
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985
Telefax: 0711 2063 14 985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 01.03.2013

Pressemitteilung

Manfred Groh (CDU): Verzögerung beim Ausbau der Windenergie wurde von der Landesregierung selbst verursacht

Der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für Landesplanung Manfred Groh, weist die von Claus Schmiedel und Alexander Bonde geäußerte Kritik an den Landratsämtern zurück. Zugleich unterstreicht eine Antwort des Verkehr- und Infrastrukturministerium (MVI) auf einen parlamentarischen Antrag (Drucksache 15/2983) von Manfred Groh, dass die Landesregierung keine Korrekturen an dem in die Kritik geratenen Landesplanungsgesetz erwägt.

„Die Kritik von Herrn Schmiedel und Herrn Bonde trifft die falschen Adressaten. Vielmehr ist der schleppende Ausbau bei der Windenergie den mangelhaften Änderungen am Landesplanungsgesetz durch die Landesregierung geschuldet. Die CDU hat im Gesetzgebungsverfahren im Frühjahr 2012 mehrfach auf handwerkliche Mängel am Regierungsgeszentwurf hingewiesen. Nun müssen wir feststellen, dass es nicht einmal ein Jahr gedauert hat, bis das im Mai 2012 geänderte Landesplanungsgesetz der Landesregierung auf die Füße gefallen ist“, so Manfred Groh.

Aus einer Antwort des MVI auf einen parlamentarischen Antrag von Herrn Groh ergibt sich zudem, dass es im Ministerium derzeit keine Überlegungen gibt, am Landesplanungsgesetz Korrekturen vorzunehmen.

„Der Landesregierung konnte es gar nicht schnell genug gehen, dass Landesplanungsgesetz durch den Landtag zu bringen. Nun versucht man ebenso

hastig die kommunalen Planungsträger unter Druck zu setzen. Vielmehr muss aber gelten: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Es muss auf jeden Fall verhindert werden, dass in Zukunft Standorte unter Umständen vor Gericht zu Fall gebracht werden“, so Groh.

„Seit dem Inkrafttreten des Landesplanungsgesetzes zum 1. Januar 2013 sind die Regionalverbände für die Ausweisung der Vorranggebiete zuständig. Die Feinsteuerung über die Flächennutzungspläne wird von den Landkreisen, Nachbarschaftsverbänden und Kommunen wahrgenommen. Die Landesregierung hat eine gemarkungsübergreifende Lösung ganz bewusst ausgeschlossen. Dies hat nun zur Folge, dass es die nun offen zu Tage getretenen Probleme gibt. In unseren näheren Bereich trifft dies Wettersbach und Malsch-Völkersbach. Dort haben sich zwischenzeitlichen Bürgerinitiativen gegründet, die sich gegen den geplanten massiven Bau von Windkraftanlagen zur wehr setzen. Die Schuld an dem aus Sicht der Landesregierung schleppenden Ausbau der Windenergie trifft somit einzig und allein sie selbst“, so Manfred Groh abschließend.